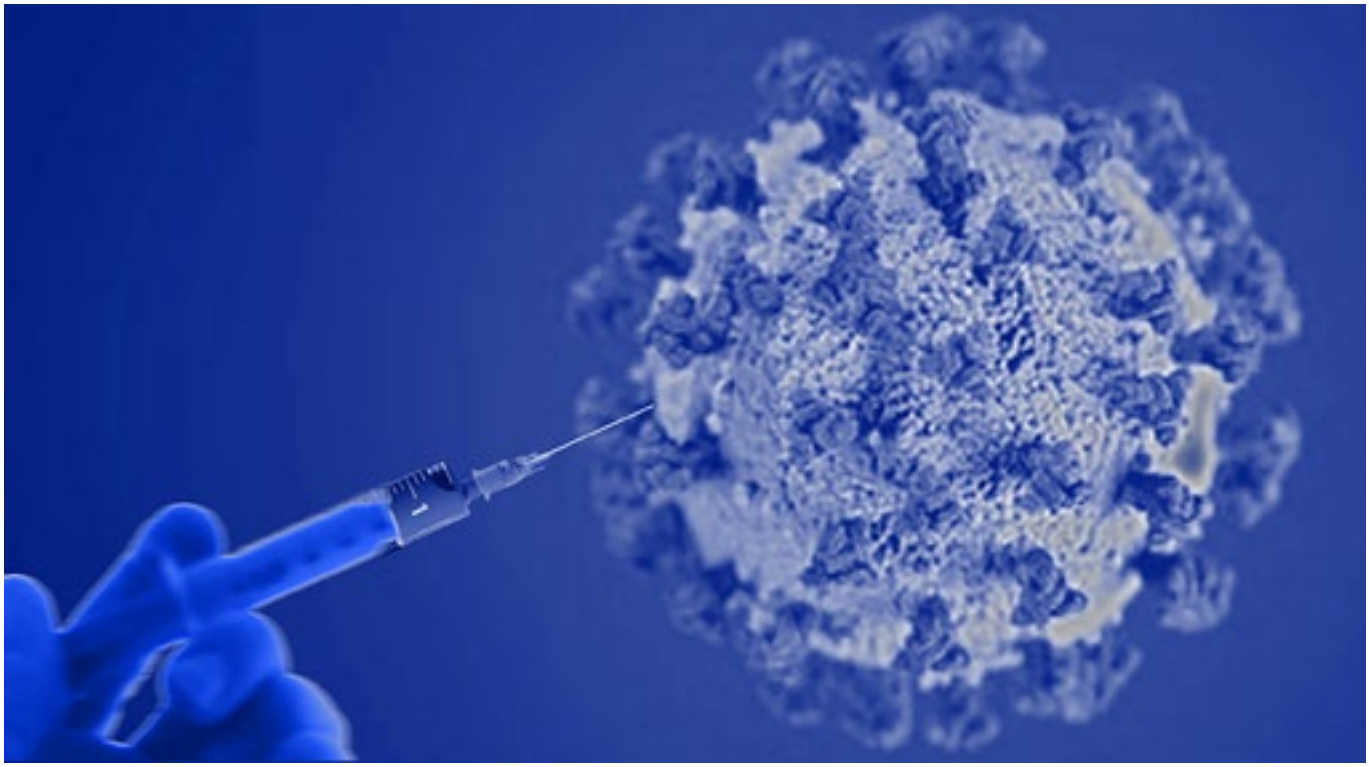
Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

16. November 2021

Corona und Schule +++ Sternbrücke +++ Harald Köpke +++ Hammerbrook +++ Schill revisited +++ Judy Batalion



(Montage: Harald Heck)

Liebe Leserinnen und Leser,

während wir diesen Bürger:innenbrief zusammenstellen, steigen die Zahlen der Corona-Neuinfektionen und Inzidenzen auf bisher in Deutschland unbekannte Höhen. Das Robert Koch-Institut ruft zum Verzicht auf nicht notwendige Kontakte auf, ein erneuter Lockdown wird diskutiert bzw. verneint, 2G oder 3G oder 1G (nur Getestete) werden erwogen. Klare Entscheidungen fallen nicht nur Parteien schwer, sondern teilweise auch jeder und jedem Einzelnen, gibt es doch scheinbar eine Vielzahl von – auch widersprüchlichen – Argumenten. Die derzeitigen Zahlen zeigen aber auch, dass geimpfte Menschen immer noch erheblich besser geschützt sind als ungeimpfte. Ihr Anteil an den schweren Krankheitsverläufen, an den Krankenhaus- und Intensivstationsaufenthalten, an den Todesfällen ist erheblich geringer als bei den Nichtgeimpften. Deshalb gilt es, die Impfquote zu erhöhen. Neben den absoluten Verweiger:innen gibt es immer noch eine größere Zahl von Menschen, die mit den bisherigen Impfangeboten nicht erreicht wurde. Die Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit der Partei DIE LINKE startet jetzt in Altona eine eigene Impfaktion mit Fachärzt:innen.

Unter den aktuellen Bedingungen Politik zu machen – sei es außerparlamentarisch in Initiativen, Vereinen und sonstigen Zusammenhängen, sei es in der Hamburgischen Bürgerschaft, im Plenum und ihren Ausschüssen – ist nicht einfach. Viele geplante Veranstaltungen und Sitzungen jenseits einer Online-Konferenz stehen schon wieder auf der Kippe.

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Dabei ist es so wichtig, gerade auch in nächster Zeit Flagge zu zeigen. Schauen wir auf die Ampelkoalition, die voraussichtlich in Bälde die neue Bundesregierung stellen und »Grünes Licht für Reiche« geben wird, wie die TAZ am 3. November treffend titelte. Wir sind auch in Hamburg mit dem Problem konfrontiert, dass die immensen Corona-Kosten geschultert werden müssen. Und es wird die Frage zu beantworten sein, wer das im Wesentlichen übernimmt: Angekündigte Streichungen im sozialen Bereich, die Aufforderung an den Großteil der (Solo-)Selbständigen, die »Coronahilfe« komplett zurückzuzahlen, deuten bereits an, wie sich der Hamburger Senat das vorstellt. Die außerparlamentarische Linke in der Stadt und die Linksfraktion in der Bürgerschaft werden ihre Möglichkeiten nutzen, Widerstand gegen diesen Kurs mit zu organisieren.

Wenn nur dieser ganze Coronamist nicht wäre. Gleich zwei Beiträge handeln davon in diesem »Bürger:innenbrief«. Aber wir blicken auch zurück, z. B. auf 20 Jahre Schill. Und wir schauen voraus, u. a. auf die Auseinandersetzungen um die Sternbrücke und die unweigerlichen HVV-Preiserhöhungen, die uns der Senat auch am Ende diesen Jahres zumutet, Klimakrise hin, Klimakrise her.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Michael Joho und Hanno Plass

Corona und Schule: Bildungspolitik im Wiederholungszwang?

Von Hanno Plass

Die Ampel-Koalition hat kraft ihres Regierungsauftrags beschlossen: Die pandemische Notlage endet am 25. November. Welches Bundesland der Weisheit nicht folgen mag, darf sich noch bis März 2022 in einer pandemischen Notlage befinden.1 Hilft dieses Gesetz, das die Einschränkung der Grundrechte aufheben soll, dabei, die Pandemie wirklich zu beenden? Meines Erachtens nicht. Andere kapitalistische Kräfte rechnen mit einer Wiederherstellung von »Normalität« erst im Jahr 2025.2 Es sei anderen anheimgestellt, eine »Normalität« zu beschreiben, die aus der massivsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg entstehen soll.3 Die Auswirkungen dieser Krise werden zumindest schon sichtbar und sie verbessern die Lage in der Republik nicht.

Die derzeitige Situation gleicht dem Zustand vor einem Jahr: Nach dem Sommer mit relativ geringen Infektionszahlen (wie vorausgesagt: gutes Wetter, viel draußen...) steigen die Fallzahlen zum Herbst/Winter rasant an. Politisch wird allerorten Schönwetter gemacht oder tatenlos Warnungen ausgesprochen. Zudem seit diesem Sommer und einer bundesweiten Impfquote von etwas über 70 % diskutiert wird, inwieweit die Sieben-Tages-Inzidenz als Leitindex noch trägt. Und ob sich die Lage in den Schulen mit Luftfiltern zum Besseren ändert, sofern diese denn vorhanden sind... Die Lage wird für so gut erachtet, dass Bundesländer wie Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein aber auch das rot-rot-grüne Thüringen Maßnahmen lockern oder abschaffen will, zumindest bis vor wenigen Tagen.

Ob es einen ursächlichen Zusammenhang gibt, vermag ich nicht zu sagen, doch die Infektionszahlen in besagten Bundesländern (mit Ausnahme – noch? – von Schleswig-Holstein) sind rasant angestiegen. Auch in der Altersgruppe schulpflichtiger Kinder.

Und in Hamburg ist es trotz Maskenpflicht nicht anders: Die Inzidenzen in den Altersgruppen 0 bis 9 Jahre liegt bei 196,13, bei den 10-19-Jährigen bei 273,37 (Stand 8.11.2021). Nur zur Erinnerung: Am 15. Dezember 2020, dem Tag der zweiten Schulschließungen, lag die bundesweite Fallzahl bei 13.406 Fällen am Tag, heute (15.11.2021) liegt sie laut RKI bei 23.607 Fällen.

Das klingt alles dramatisch – und ist es meiner Ansicht auch. Auch wenn die Gefahr des Coronavirus für geimpfte Personen abnimmt, bleibt eine große Gruppe vorerst noch ungeimpft: Kinder unter 12 Jahren. Je mehr Erkrankte, desto mehr erkrankte Kinder – und auch desto mehr schwere Fälle unter ihnen. Mehr Erkrankte bedeuten auch mehr Fälle fürs Krankenhaus. Zusätzlich zu den sonstigen Erkrankungen. Und dies bei einer deutlich schlechteren Personaldecke in den Krankenhäusern.[4] »Pflexit«, so die flotte Bezeichnung der extremen Lücken im Personal.[5]

Die Probleme werden aber sprachlich gelöst: Die Sozialsenatorin sagte am 1. November laut Abendblatt, es sei eine ganz andere Lage als im vergangenen Jahr. »Denn trotz hoher Infektionszahlen würden viel weniger Menschen erkranken«.[6] Zeitgleich sieht die Mopo eine Zuspitzung der Lage in den Kliniken[7] und die Belegschaften der Krankenhäuser (hier: Notaufnahme UKE) melden Landunter.[8] Ein Kind wurde aus der Kinderklinik des UKE schon abgewiesen – wegen Kapazitätsauslastung![9]

---

1 https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-plan-das-erste-gesetz-der-ampel-koalition-17605252.html

2 https://www.economist.com/leaders/2021/10/16/millions-of-lives-depend-on-how-the-pandemic-ends

3 https://www.zeitschrift-luxemburg.de/klassenverhaeltnisse-nach-einem-jahr-pandemie/

4 Viele Intensivpflegekräfte schmeißen hin, FAZ, 4.11.21, S. 17.

5 „Pflexit" nennt der Intensivmediziner des UKE Stefan Kluge den zunehmenden Pflegenotstand. Nicht mehr viel Platz, Die Zeit, 4.11.21, S. 50.

6 Hamburg lehnt Impfzentrum-Comeback ab- Hamburger Abendblatt, 2.11.2021, S. 8.

7 https://www.mopo.de/hamburg/corona-in-hamburg-wie-schlimm-wird-es-diesen-winter-wirklich/

8 https://www.abendblatt.de/hamburg/article233729603/uke-brandbrief-pflege-notaufnahme-hamburg.html

9 https://www.mopo.de/hamburg/rs-virus-hamburgs-kinderkli-

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Problematisch ist auch die politische Desorientierung: Nach der Kritik am Richtwert Inzidenz ist bisher kein vergleichbar genauer Wert bestimmt worden, an dem sich die Intensität der Pandemie ersehen ließe. Es ist nicht nachvollziehbar, inwieweit die Impfrate in die Inzidenzbemessung einwirkt, obwohl es in der öffentlichen Debatte vorgebracht wurde.

Die Werte, die anderthalb Jahre als Grenzwerte galten – Inzidenzen von 35 und 50 – sollen nicht mehr gelten. Weiß jemand, welche Schwellenwerte jetzt gelten? Ich nicht.[10] Weiß jemand, welche einheitlichen und nachvollziehbaren Eindämmungsschritte nach dem Überschreiten des jeweiligen Grenzwerts gelten? Ich nicht. Sind eigentlich seit dem Sommer 2020 graduell Maßnahmen zur Eindämmung erlassen worden, also bei Überschreitung der 35-Inzidenz, der 50-Inzidenz? Ich kann mich nicht daran erinnern. Sind eigentlich die Eindämmungsmaßnahmen bundesweit einheitlich, wie es seit langem, trotz der Länderhoheit, gefordert wurde, um Klarheit unter der Bevölkerung zu schaffen? Soweit ich sehen kann, nicht. Im Wirkungskreis der Kultusministerien ist dies deutlich zu sehen: Die Kultusministerkonferenz erlässt von Zeit zu Zeit allgemeine und unverbindliche Beschlüsse zur Eindämmung, die jedes Bundesland nach Gusto auslegt oder befolgt und nicht befolgt.

Streetart in Corona-Zeiten (Fotos: Hanno Plass)

niken-platzen-aus-allen-naehten/

[10] Ich nehme mich selbst als Referenz, um zu zeigen: Wenn nach objektiven Kriterien selbst ich kaum noch hinterherkomme, wie soll es der Mehrheit der Republik gehen?

Lassez fairez bis zum Lockdown?

Welche Vorsorge treffen eigentlich die politisch Verantwortlichen im Falle eines weiteren Lockdowns? Wie sollen die Kosten der Pandemie bewältigt werden? Zumindest auf letzteres habe ich einen *educated guess*: nicht durch eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer (beispielsweise), sondern eher auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung.

Mein recht fatalistischer Blick auf die Corona-Lage wird durch ein wenig historische Einordnung relativiert. Geschichte hilft, die jetzige durch eine Gesundheitsgefahr hervorgerufene Krise einzuordnen, besonders im Hinblick auf die Dimension von staatlicher Vorsorge und Gesundheitsschutz.[11]

Aber die wissenschaftliche Arbeit hat wie so oft wenig positive Effekte auf die Politik. Im letzten Sommer forderten alle relevanten bildungspolitischen Akteure und Akteurinnen in Hamburg unisono eine Kursänderung in der Bildungspolitik: Schulen hatten unterschiedliche Erfahrungen in der Zeit der Schließungen gemacht. Neben allen Belastungen waren darunter auch positive Erfahrungen, an die sich im Sinne einer qualitativen Weiterentwicklung des Bildungswesens anknüpfen ließe.

Doch mehr noch war in allen Schulformen präsent, dass die psychische Last von den Kindern und Jugendlichen genommen werden müsste. Mittlerweile sind die negativen Auswirkungen weithin bekannt, zuletzt auch durch die Hamburger Copsy-Studie.[12] Die Belastungen durch die Schulschließungen werden jedoch nicht durch den *status quo ante* plus ein paar Zusatzprogramme aufgefangen, darin waren sich die Stadtteilschulleitungen, die Gymnasialleitungen, die GEW und DIE LINKE einig. Regelunterricht, 23 bis 26 Kinder pro Klasse acht Stunden am Tag in den Klassenräumen, Prüfungs-, Klausur- und Abschlussstress... Kaum geeignete Wege, um für das psychische Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen zu sorgen.

Die Fraktion DIE LINKE hatte zum Beginn der letzten Sommerferien in einem Antrag gefordert, einen Bildungs-Rat zu bilden, der gemeinsame Leitlinien und pandemiebezogene Stufenpläne für das jetzige Schuljahr entwickeln sollte.[13] Es ist bis dato in dieser Hinsicht seitens der Schulbehörde nichts passiert. Melanie Leonhard, die Sozialsenatorin, sagte am 1. November, sie könne sich nicht vorstellen, dass es wieder zu Schulschließungen komme, man schaue von Woche zu Woche.[14] Jedoch, wonach schauen die Behörden? Welchen Kriterien folgen sie? Welche Maßstäbe legen sie an, welche Konsequenzen ziehen sie? Es herrscht auch hier Planlosigkeit. Zudem

[11] Malte Thießen, Vorsorge als Ordnung des Sozialen. Impfen in der Bundesrepublik und der DDR, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 10 (2013), H. 3,
URL: https://zeithistorische-forschungen.de/3-2013/4731, DOI: https://doi.org/10.14765/zzf.dok-1508,
Druckausgabe: S. 409-432.

[12] https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugend-psychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html

[13] https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76135/schule_nach_der_pandemie_das_un_normale_kommende_schuljahr_unter_breiter_beteiligung_planen.pdf

[14] https://www.mopo.de/hamburg/corona-in-hamburg-wie-schlimm-wird-es-diesen-winter-wirklich/

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

aus der Schulbehörde diesbezüglich keine belastbaren Aussagen kommen, die bekannte Ignoranz und Arroganz der Hamburger Straße besteht weiterhin.

Die Forderungen nach einem Unterricht, der sich an den Bedürfnissen der Schüler:innen orientiert und ihnen in kleinen Gruppen Bildungsräume außerhalb der Schulgebäude ermöglicht, darin steckt ein weitaus größeres bildungspolitische Potential. Und mehr als das: Durch den Bruch mit dem Dogma des »Regelunterrichts nach Stundentafel« (plus Maske) ließen sich Unterrichtsformate realisieren, die dem Gesundheitsschutz der Kinder und Jugendlichen genüge täten. Und ihnen überdies »Maskenpausen« verschaffte. Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE am 3. November wieder einen Antrag eingereicht, um die notwendige Neuausrichtung der schulischen Bildung zu unterstreichen.[15] Sabine Boeddinghaus sagte in ihrer Rede zur Eindämmungsverordnung: »Unsere Stadt bietet vielfältige Möglichkeiten für Bildung außerhalb des Klassenraums. Diese Chance sollte jetzt ergriffen werden. Denn der Druck muss raus aus der Schule und die Belastung muss runter von den jungen Schultern und auch von den Lehrkräften, und letztendlich auch von den Eltern, die in dieser Krise Unfassbares geleistet haben... Die Belastungen durch die Pandemie müssen endlich gemildert und die Schulgemeinschaften durch unkonventionelle Maßnahmen entlastet und auch in zu treffende Entscheidungen regelhaft mit eingebunden werden. Diese Forderung hatten im letzten Sommer nahezu alle bildungspolitischen Akteur:innen gestellt – und stießen auf taube Ohren.«

Die Bürgerschaft nahm die Worte zur Kenntnis, brachte irrige Einwände und stimmte gegen den Antrag der LINKEN. Wir bleiben also voll auf Crashkurs. Zum Glück ist auch 2021 bald vorbei!

[15] https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/77696/maskenpflicht_bedeutet_infektionsschutz_durch_alternative_unterrichtsformate_entlastung_schaffen.pdf

Horizonte

Von Georg Möller, Gernevater, Ideenscout, Geschichtenerzähler und Mitglied der Elternkammer Hamburg

Schon zu Steinzeiten waren zwei Faktoren ziemlich wichtig, um unseren Vorfahren das Überleben zu sichern. Ganz sicher die mentale Flucht aus katastrophalen Erinnerungen. Das bedeutet schlicht, dass wenn unsere Altvorderen alle ihre Panikenattacken aufbewahrt hätten – Steinschlag, Treibsand, Säbelzahntiger – hätten sie sich keinen Schritt mehr vor die Höhle getraut. Das Vergessen, die kollektive Amnesie, war überlebenswichtig. Gleichzeitig aber hatten die Erschreckungen die Erschreckten verändert, denn das Erschrecken lässt sich ja nur an der Oberfläche vergessen, dadrunter blieb es und damals ohne jegliche Therapeuten. Deshalb war es auch überaus praktisch, wenn aus katastrophalen Erinnerungen vor dem Vergessen Erfahrungen wurden und die Jäger lernten, dass man einen Mammut besser von der Seite her jagt, als von vorne und dass sie ihn auch nicht im ersten Moment erlegen mussten, sondern sich Zeit nehmen sollten.

Das Phänomen ist also nicht neu, auch heute können wir durch einfaches Hochsehen feststellen, dass sich um uns herum gerade eine kollektive Vergesslichkeit ruckartig verbreitet: Coro-was? All jene Aufmerksamkeitsfasern, die sich in den vergangenen 20 Monaten mit der einzigen Pandemie beschäftigt haben, die die meisten von uns erleben werden, werden gerade schlafen gelegt. Das hat was Gutes und öffnet den Weg für Neues, allerdings wird das eine nix ohne das andere: Erfahrung bewahren. Würden unsere Vorfahren sagen.

Wie komme ich jetzt von dieser sehr feinen Einleitung zu der Situation der Kinder und Jugendlichen nach 20 Monaten Pandemie in diesem Bundesland und eigentlich überall? Schauen wir mal.

Haben die Kinder dieser Welt zu irgendeinem Zeitpunkt das Lernen verweigert, haben sie abgelehnt digitale Kommunikation zu nutzen, sind sie einfach zuhause geblieben, um sich eine Plautze anzufuttern, haben sie beschlossen sich mit niemanden zu treffen, haben sie einfach beschlossen, Kino,

Georg Möller: »Gernevater Geschichten«

Schwimmbad und Skatebowl zu ignorieren? Nein, ihre Zurückhaltung sollte helfen die Gesellschaft und insbesondere die gefährdeten Teile vor dem Aussterben zu bewahren und das mit der Schule würde schon irgendwie wieder hinzubekommen sein. Sagten die Macher:innen.

Kekse in Coronazeiten *(Fotos: Georg Möller)*

Nach spätestens einem Jahr haben die SchülerIinnen und ihre angeschlossenen Familien festgestellt, das außer PR-Auftritten der Veranwortlichen und einem goldenen Kalb, das »Präsenzunterricht« hieß, nichts, aber auch gar nichts gelernt worden war, von denen, die ihnen das Lernen nun wieder beibiegen wollten. Prickelnder Präsenzunterricht besteht in diesen Tagen aus Maskenpflichten, aus Nasepopeln mit Q-Tips, aus Schulhöfen mit Kohortengrenzen, aus ausgefallenen Ausflügen und Klassenfahrten und aus der Panik, nicht genügend Wissen in minderjährige Köpfe zu bekommen. Regelmäßig kreiste der Kultusminister:innenberg und gebar ebenso regelmäßig die innovative Nachhilfemaus. Überall sollten Lernstudios entstehen, um in den Ferien und in der Zeit nach dem Unterricht Ausgefallenes und Übergangenes nachzuholen. Es sollten große Mengen von Lernbegleiter:innen in die Schulen gehen und das Mehrlernen begleiten. Dafür sollte die gewaltige Summe von 2 Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahren über den Schüler:innen des Landes ausgegossen werden. Es gibt ca. 8,4 Millionen Schüler:innen hierzulande. Das macht nach dem Ausgießen 10 Euro pro Mensch und Monat. Funfact: Die Lufthansa mit 110.000 Mitarbeiter:innen hat aus Pandemiegründen 9,5 Milliarden an Steuermitteln bekommen. Geht halt nach Wichtigkeit.

Schule braucht Zeit

Wer aber aufmerksam die zunehmend auf den Lesemarkt drängenden Untersuchungen von langweiligen Wissenschaftler:innen über die Pandemiefolgen beim Menschheitsnachwuchs durchblättert, dem/der fallen zwei Schuppen aus den Augen. Ein großer Teil der jungen Menschen hat die Pandemie eben nicht als bummeligen Familienausflug mitbekommen und wird sie nicht wie eine Bergwanderung mit Gewitter wegerinnern und mehr als viele von ihnen haben einen gewaltigen Nachholbedarf an Zeit. Zeit für sich, mit anderen und anderem. Wie aber soll das gehen, wenn jetzt auch noch die Ferien als Schulersatz verkürzt werden? Allein das Wort: Lernferien. Ein Oxymoron würden die Klugscheisser unter uns sagen. Und wir müssten eingestehen, dass sie recht haben. Wie soll das funktionieren? Nach der Schule, dann wenn die

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kinder eigentlich Rundlauf am Tischtennistisch machen sollen oder einfach nur abhängen, auf den Stufen vor dem Haus, ist nun Nachhilfe angesagt. Und weil es überhaupt nicht mal ansatzweise genug nachhilfekomptentes und qualifiziertes Personal gibt, werden die einzigen Gewinner die pädagogisch fragwürdigen Nachhilfekonzerne sein. Bildung ist aber keine Ware und schon gar nicht eine Ramschware.

Seit über einem Jahr haben deshalb Mitglieder aus der Elternkammer Hamburg, es bei dieser Pandemiefolgengefummellösung nicht belassen wollen, sie haben auf die Situation gesehen, haben sich die Bilder von ihren Kindern auf dem Handy angeschaut und und sich dann ganz tief in die Augen geguckt: Vertikale Lösungen, die immer nur neue Stunden auf alte Stunden stapeln, gehen nicht, haben sie gesagt. Niemand kann den Tag der Kinder verlängern, denn verkürzen alle diese Maßnahmen all das, was eh schon zu kurz ist. Diese Lösungen sind Scheinlösungen, die nichts lösen, aber wehtun. Wir brauchen eine horizontale Lösung, also mehr Zeit nach hinten raus. Aber ohne Wochenenden, Ferien oder Freizeit anzutasten.

Was wäre, wenn wir einfach für alle die Schuljahre bedarfsorientiert verlängern würden? Mit einer Planungsbeteiligung aller davon Betroffenen?

Schule braucht Auszeit

Verlängern? Ha, sagte der Herr Senator und schlägt mit der Hand auf die Tischkante, aber das sind ja neue Klassen. Neue Lehrer:innen. Neue Probleme. Das sind Milliarden. Ich bin versucht zu schreiben: Na und? Muss ich aber gar nicht, denn die 9c von Dr. Schlöhbom bleibt in ihrem langweiligen Klassenraum, nur einfach sechs Monate länger. Und in der 10c, wo sie vielleicht Frau Bargstedt bekommen, noch mal sechs Monate drangehängt und zack sind alle wieder zu den Sommerferien fertig. Braucht man nicht mal eine KMK-Krisensitzung für. Kann jede:r. Kostet nur Phantasie, was mensch mit der gewonnenen Zeit macht. Wie kleinere Lerngruppen, Kümmerungen um die etwas Schwächeren, hybride Lerneinheiten, die Homeschooling mit Exploration und Sitzfleisch in der Schule verbindet, Paddeltage, Zoobesuche, Klassenfahrten und Tischtennisrundläufe. Und die Verantwortlichen bekämen zweimal sechs Monate Zeit, um Kongresse und Mindcheckings zu veranstalten, wie die Pandemie Schule verändern könnte, wenn diese wollte und wie eine andere Schule aussehen könnte, die keine Angst mehr vor Pandemien und anderm Unbill haben muss.

Und weil die Elternkammer keine Eintagsfliegen produzieren wollte, erarbeiteten einige Aktivist:innen und Fans der Schuljahreverlängerung mit Fachleuten aus der Bildungsszene und andern Eltern aus fünf Bundesländern ein Forderungspapier, das neben der Horizontalidee einen Perspektivwechsel in der Bildungspolitik verlangt, echte Bildungsgerechtigkeit, Stärkung der schulinternen Lösungsfähigkeiten und vor allen, eine breite Debatte aller am Bildungsprozess Beteiligten. Nur die Herren von der Zeitsparkasse, die dürften nicht mitmachen. Schon weil sie schrecklich sind. Sagten die vermischten Eltern und legten los:

Sie nannten sich, wie das, wofür sie eintreten: »Schule braucht Zeit«, und jetzt, jetzt beginnt die Erfahrung aus der Steinzeit, und ich weiß wieder warum ich dieses Beispiel an den Anfang meines Textes geschrieben hab: Das einsetzende Vergessen in Erfahrung umzuwandeln, das wird schwer, ist aber notwendig. Dafür zu sorgen, dass unsere Kinder nicht von Bildungsmammuts umgerannt werden oder sich gar nicht mehr aus der Höhle trauen, dafür mögen die Macher:innen von »Schule braucht Zeit« die nötige Geduld und die richtigen Supporter haben. Der Rest steht bei denen auf der Webseite: *www.schulebrauchtzeit.de*.

Anstand mit Abstand

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Attraktive Preiserhöhungen im HVV?

Von Heike Sudmann

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) hat gemeinsam mit dem Senat eine interessante Strategie entwickelt, um Fahrgäste zurückzugewinnen: mach einfach die Fahrkarten teurer, denn attraktiven Preiserhöhungen kann keine:r widerstehen. Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls auf, wenn die Fahrpreise in einer Zeit erhöht werden, in der die Energie- und Lebensmittelpreise in die Höhe schießen, die Stundenlöhne und -gehälter im produzierenden Gewerbe laut Statistikamt Nord auf dem Niveau des Vorjahres liegen und viele Menschen die Einkommensverluste aus dem Lockdown noch nicht kompensieren konnten.

Die durchschnittliche Fahrpreiserhöhung für das Jahr 2022 liegt bei 1,3 Prozent. Das klingt wenig. Doch der Landesvorsitzende des Sozialverband Deutschland (SoVD) in Hamburg, Klaus Wicher, hat Recht, wenn er in seiner Pressemitteilung vom 25. Oktober – https://www.sovd-hh.de/news-service/preisanstieg-im-hamburger-verkehrsverbund-hvv/ – sagt: »Besonders Menschen mit kleinem Geldbeutel – und die gibt es viele in Hamburg – trifft die Preiserhöhung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hart. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs.« Er macht das deutlich am Hartz IV-Regelsatz, der im Jahr 2022 um sagenhafte 3 Euro monatlich steigt, wobei der Anteil für »Verkehr« um 26 Cent pro Monat erhöht wird. Das reicht noch nicht mal für drei Fahrten im Monat mit der meist verkauften Fahrkarte im HVV, der Einzelkarte Hamburg AB/2 Ringe. Die wird nämlich um 10 Cent teurer, 2,50 statt 2,40 Euro.

Viele frühere Fahrgäste meiden den HVV, weil sie Angst vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus haben. Sie nutzen jetzt das (eigene) Auto. Es ist ein Irrglaube, diese Menschen mit höheren Preisen zurückgewinnen zu können. In der Senatsvorlage zur Preiserhöhung (Drucksache 22/6162, S. 3 unten) sind dann solch verquere Sätze zu lesen: *»Die Preisanpassung der einzelnen Fahrkarten, bemessen an der Inflationsrate, sorgt für einen sinnvollen und angemessenen Interessensausgleich und ist somit Grundlage dafür, die Mobilität der Fahrgäste im ÖPNV weiter zu fördern. Auf der einen Seite ist die Preisanpassung sehr maßvoll und führt daher für Fahrgäste nicht zu übermäßigen zusätzlichen Belastungen. Auf der anderen Seite sorgt die Preisanpassung dafür, dass auch in Zeiten der Corona-Pandemie und damit einhergehenden finanziellen Belastungen das Leistungsangebot finanzierbar ist. Dies soll neben der Ausweitung des Angebots dazu beitragen, den ÖPNV zu stärken.«*

Im Klartext: Die Fahrgäste sollen mehr bezahlen, damit der ÖPNV gestärkt wird. Keine Rede davon, dass – nicht nur in Zeiten der Klimakrise – der ÖPNV eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge darstellt. Wer die Folgekosten des Autoverkehrs (Umweltschäden, Gesundheitsschäden, Straßenbau...), die auch von der Allgemeinheit zu tragen sind, den Kosten für den umweltfreundlichen ÖPNV gegenüberstellt, bemerkt schnell eine Schieflage zugunsten des Autos. In Hamburg kommt noch erschwerend hinzu, dass der HVV im Vergleich zu anderen Verkehrsverbünden zu den teuersten zählt.

Während in Berlin und Bremen auch in 2022 auf Preiserhöhungen im ÖPNV verzichtet wird, sind in Hamburg SPD und GRÜNE unverdrossen dabei, die Spitzenposition bei den Fahrpreisen zu verteidigen. Eine aus meiner Sicht völlig falsche Politik. Wir werden weiter für den Einstieg in einen fahrkartenfreien ÖPNV kämpfen, beginnend mit dem 365-Euro-Jahresticket.

Sternbrücke: Bürger:innen geben der Bürgerschaft eine Lehrstunde

Von Heike Sudmann

Im Verkehrsausschuss der Bürgerschaft gab es auf meinen Antrag hin eine öffentliche Anhörung von Bürger:innen zur Sternbrücke. Der Antrag war vom Dezember 2020, doch die Corona-Pandemie ließ eine frühere Anhörung in Präsenz nicht zu. Am 29. Oktober standen nun alle Räume im Rathaus zur Verfügung, um den Bürger:innen einen virussichere Beteiligung zu ermöglichen. Im großen Festsaal saßen knapp 40 Bürger:innen dem Ausschuss gegenüber, um »sachliche Auskunft« zu geben und ihn zu beraten. Anwohner:innen, Umwelt- und Denkmalschützer:innen meldeten sich ebenso wie Vertreter:innen der Kirchengemeinde zu Wort. Fundiert und hervorragend recherchiert zeigten sie all die Mängel und offenen Flanken der Planung auf.

Die Deutsche Bahn (DB) hat jahrelang die Instandhaltung der Brücke vernachlässigt, um jetzt den Neubau der Brücke als einzige Lösung anzupreisen. Eine Lösung, die für die DB finanztechnisch von Vorteil ist. Die Stadt Hamburg hat die DB aufgefordert, die Brücke so zu gestalten, dass sie ohne Brückenpfeiler eine auf mehr als vier Spuren erweiterte Stresemannstraße überspannt. Das Ergebnis ist eine gigantische Brücke, die nicht nur das Stadtbild zerstört, sondern auch verkehrspolitisch ein Fehler ist. Mangelnde Beteiligung, rückwärtsgewandte Planung, fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung, Verzicht auf Sanierung, kein öffentlicher Wett-

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

bewerb zur Planung der Brücke und auch zu dem so genannten Clubhaus sind einige der Stichworte aus den Vorträgen. Das Wortprotokoll sowie die Präsentationen sind unter diesem Link zu finden: www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/66755 .

Wenn Ausschuss- oder Bürgerschaftsdebatten so fundiert geführt würden, wie es die Bürger:innen getan haben, würde in Hamburg manche Fehlplanung nicht (mehr) erfolgen. Obwohl die Aussichten auf eine Änderungen der Senats- und Bahnpolitik gering sind, haben sich die Bürger:innen nicht entmutigen lassen und die Verantwortlichen mit ihren Fehlern konfrontiert. Chapeau! Und wer weiß, ob nicht noch Klagen das Planfeststellungsverfahren bzw. den Abriss und Neubau der Sternbrücke stoppen können.

Und noch ein Termin: Am **Donnerstag, den 25. November, um 17.00 Uhr** findet die Senatsbefragung zur Sternbrücke im Verkehrsausschuss statt. Voraussichtlich wird es dazu einen Livestream geben. Bei Interesse bitte bei mir melden.

Es sieht aus wie eine Klagemauer, ist aber die Wand im Rathaus-Festsaal, die Bürger:innen nutzten, um ihre Wortmeldezettel auszufüllen *(Foto: Heike Sudmann)*

Nicht nur Wilhelmsburg verliert einen engagierten und aufrechten Menschen

Von Heike Sudmann

Im September erhielt ich eine E-Mail von Harald Köpke, ich möge mich bitte um die Eingriffsregelung und die (fehlenden) Ausgleichsmaßnahmen kümmern. Geschrieben hatte Harald diese E-Mail als er wochenlang im UKE wegen einer überraschend festgestellten Leukämieerkrankung behandelt wurde. Es ging ihm körperlich nicht gut, aber »der Kopf ist ok«. Drei Wochen später kam eine E-Mail zu einem anderen Thema: »Du siehst, ich kann mich immer wieder ärgern, da steckt noch Leben in mir«. Diese Worte machten mir Hoffnung, bald wieder gemeinsam mit Harald für mehr Naturschutz und überhaupt für eine bessere Welt zu streiten.

Harald Köpke *(Foto: BUND)*

In den 1990er Jahren lernte ich Harald in Wilhelmsburg kennen. Als Naturschützer machte er mich nicht nur auf die vielen schönen Ecken auf der Elbinsel aufmerksam, sondern zeigte mir auch, was alles bedroht war. Unermüdlich, hartnäckig und nicht zu entmutigen hat er sich um so viele wichtige »grüne« Themen gekümmert. Gleichzeitig war Harald herzlich und zugewandt. Deswegen vermisse ich ihn nicht nur politisch, sondern auch persönlich.

Nachfolgend einige Auszüge aus der Pressemitteilung des BUND Hamburg (vom 10.11.2021), für den er über 35 Jahre, davon acht Jahre als Vorsitzender, aktiv war. Wir danken dem BUND für die »Abdruckgenehmigung«:

»Der für den Kiebitz kämpft« hat seinen eigenen Kampf verloren

Mit dem Tod von Harald Köpke verliert Hamburg einen seiner engagiertesten Naturschützer

Sein Wunsch: Unser Einsatz für die Natur muss weitergehen

Wer sich auf der Elbinsel Wilhelmsburg oder im Bezirk Harburg ernsthaft mit dem Naturschutz beschäftigte, kam an Harald Köpke nicht vorbei. Wer plante, die Natur für Industrie- und Gewerbeflächen zu zerstören, stieß auf seinen erbitterten Widerstand.

Erst vor kurzem war Harald Köpke in der bewegenden NDR-Reportage »Der für den Kiebitz kämpft« im NDR zu sehen. Den Kampf gegen seine kurze, schwere Erkrankung hat er am vergangenen Freitag verloren.

Aufgrund seines unermüdlichen Engagements, aber auch seiner Kompetenz im Naturschutz war Harald Köpke in Hamburgs Behörden gleichermaßen geschätzt und gefürchtet. We-

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

gen seiner authentischen und verbindlichen Art war er jedoch bei den Menschen, die ihn persönlich kannten, auch sehr beliebt. Seine Begeisterung für die Natur sprang auf alle – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – über, die ihn bei seinen Führungen und Exkursionen begleiten durften. Er konnte sich in Bewunderung für kleine Wildbienen vertiefen, scheute aber auch vor dem Einsatz von Baggern nicht zurück, um Flächen für die Natur wieder herzurichten...

Neben der praktischen Naturschutzarbeit wusste Harald Köpke auch, wie wichtig es ist, der Natur Gehör und Stimme in der Politik zu verschaffen – wenn es sein musste, unbequem, aber immer klar in der Sache. So hatte er sich dafür eingesetzt, dass auf giftigen Altspülfeldern an der Elbe kein Gemüse mehr angebaut werden durfte und dass die Elbe durch Deichrückverlegungen wieder mehr Flutraum bekommt. Auch an der Gründung der BUND-Stiftung »2Ausgleich Altenwerder« war Harald Köpke maßgeblich beteiligt.

Harald Köpke starb am vergangenen Freitag im Kreis seiner Frau Gudrun und seiner beiden Töchter. Allen, die ihn noch sehen konnten, gab er mit auf den Weg, sein Anliegen weiterzutragen und seine Projekte fortzuführen. Sein Leben gehe zu Ende, der Kampf für den Schutz der Natur müsse weitergehen.

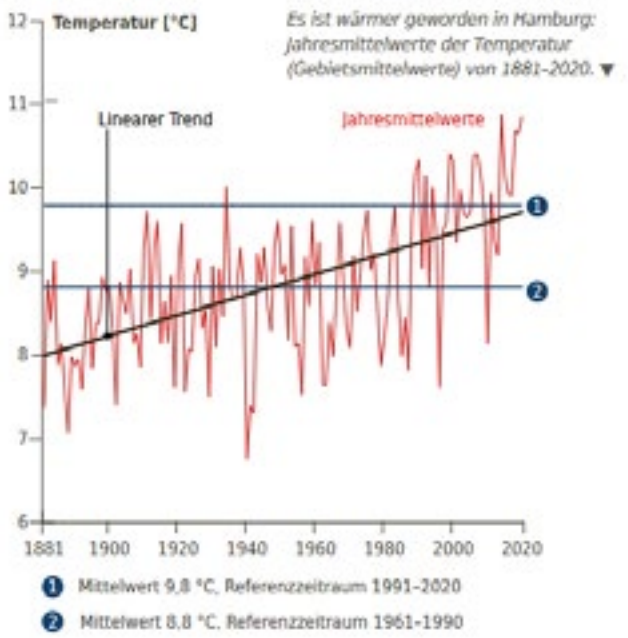
Hier gibt es Sätze und Bilder von Harald, die erst wenige Wochen zurückliegen:

- Interview mit Harald Köpke im »Wilhelmsburger Inselrundblick« vom 2. August 2021: https://inselrundblick.de/aktuell/interview-harald-koepke-elbinsel-naturschutzer/
- 30minütiger NDR-Fernsehbeitrag »Der für den Kiebitz kämpft« vom 21. Juli 2021: https://www.ardmediathek.de/video/die-nordreportage/der-fuer-den-kiebitz-kaempft/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS81MzBhMTk3Ni04YzExLTQwMjgtYmVkMC0yMmMyYmY0MjEzYTQ/

Tipps und Termine

Bereits Ende September wurde der neue **Klimareport** Hamburg vorgelegt, herausgegeben von der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) und dem Deutschen Wetterdienst. Letzterer ist sozusagen die Fachinstanz, wertet sie die reginalen Wetterdaten doch bereits seit **1881** aus. Und kommt so zu dem bedrückenden Ergebnis, dass die Durchschnittstemperatur in Hamburg seitdem **um 1,7 Grad angestiegen** ist, deutschlandweit sind es 1,6, global gesehen »nur« 1,1 Grad. Die Folgen des Klimawandels: vermehrte Hitzewellen und Fälle von Starkregen, der Anstieg des Meeresspiegels und höhere Sturmfluten. Der 56seitige «Klimareport Hamburg" (www.hamburg.de/contentblob/15421026/822d441ea002e436cade3fc9630aa85a/data/d-kimareport-hamburg-dwd.pdf) ist mit all seinen Tabellen und Grafiken sehr anschaulich. Vor allem aber ist er ein einziger Mahnruf, dass gerade auch in Hamburg mehr für den Klimaschutz getan werden muss.
Weitere aktuelle Materialien zum Hamburger Klimareport gibt es hier: www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/15415802/2021-09-23-bukea-klimareport/.

Im Rahmen einer Themenreihe unter dem Titel **Stadt im Wandel** hat der **NDR** am 12. November eine knapp einstündige Sendung ausgestrahlt, die es in sich hat



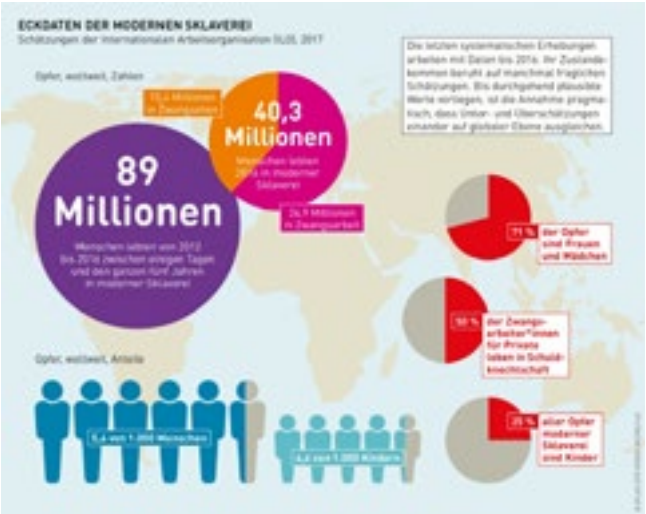
und wirklich sehenswert ist. Es geht um **Reflektionen und Bilder zur Stadtentwicklung**, oder – so der O-Ton des NDR: »Hamburgs Selbstverständnis als ›schönste Stadt der Welt‹ hat Risse bekommen. Spätestens seit der Corona-Krise ist klar: Das Großstadtkonzept wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Stadtplaner:innen und Architekt:innen hinterfragt. Denn unter der längst nicht überall perfekten Oberfläche der Freien und Hansestadt rumort es. Es

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

stellen sich lauter Fragen: Wie kann die Stadt sich erneuern und trotzdem ihre Schönheit erhalten? Was wünschen sich die Bewohner:innen eigentlich von ihrer Stadt? Die nordstory stellt Personen und Projekte vor, die sich diesen Fragen stellen.« Unter: www.ardmediathek.de/video/Y3JpZDovL25kci5kZS84ZjhhMjZhMy0zNDdiLTQ1MGYtYTFjNC0wM2FlYjYwYmY2Yzc/.

Anfang November hat das Statistikamt Nord die neuen **Hamburger Stadtteil-Profile 2020** vorgelegt. Auf 204 Seiten werden darin unzählige Daten zu sämtlichen Stadtteilen veröffentlicht, im Normalfall auf dem Stand von Ende 2020. Keine stadtbezogene Arbeit mit Daten ohne dieses Peridikum, das nunmehr zum zweiten Mal nur noch in digitaler Form hier erschienen ist: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil-Profile_HH-BJ-2020.pdf.

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** besticht doch immer wieder durch sauspannende Veranstaltungen und Publikationen. Und stellt letztere meistens auch noch zum kostenfreien downloaden ins Netz ein. Beispielsweise diese Mitte November erschienene Veröffentlichung, den **Atlas der Versklavung** mit Daten und Fakten über Zwangsarbeit und Ausbeutung. Die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) spricht von «moderner Sklaverei" in vielen Ländern und auf den Arbeitsmärkten. Mindestens 40 Millionen Menschen seien davon betroffen. Auf 60 gut illustrierten Seiten geht um Beispiele aus 120 Ländern, um Menschenhandel und Routen des Menschenhandels, um Kakaoproduktion und vieles anderes. Die Broschüre gibt es unter www.rosalux.de/publikation/id/45336#pk_campaign=adb.



Finanzsenator Dressel (SPD) hat sich offenbar vorgenommen, den (durchschnittlichen) **Raum der Behördenmitarbeiter:innen zu verkleinern** und damit viel Geld einzusparen. Auf jemandens Rücken müssen die Coronakosten ja abgeladen werden, wenn schon die Ampelkoalition auf jede weitere Besteuerung der Reichen verzichtet. Aktuell stehen laut »Welt« vom 22. Oktober Hamburger Kolleg:innen **durchschnittlich 33 Quadratmeter zur Verfügung**, »was wir uns aber auf Dauer bei steigenden Mieten und neu zu verhandelnden Mietverträgen nicht leisten können«, so Dressel. 28 Quadratmeter müssten genügen (www.welt.de/regionales/hamburg/article234555760/Steigende-Mieten-Bueros-in-Hamburgs-Behoerden-sollen-kleiner-werden.html). Ein paar Tage später legte Dressel in der »Welt« vom 25. Oktober nach: »Hier im Amt 4 unserer Finanzbehörde leben wir vor, wie die Bürogebäude künftig aussehen könnten. Wir versuchen, die üblichen Büroschachteln aufzubrechen und zeigen, **wie man mit 18 Quadratmetern** pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter ganz attraktive Arbeitsräume herstellen kann« (www.welt.de/regionales/hamburg/article234582082/Zukunft-der-Arbeit-Wir-versuchen-die-Bueroschachteln-aufzubrechen.html).

Diese nicht gerade arbeitnehmer:innenfreundlichen Aussichten basieren wohl nicht zuletzt auf den **Auswirkungen des Homeoffice**, das unter Corona einen kometenhaften Aufstieg erlebt und vielen kritischen, gewerkschaftlichen Warnungen das Wasser abgegraben hat. Zwei Studien seien hier erwähnt, um sich mit der **Arbeitswelt der Zukunft, aber eben auch den veränderten Funktionen der Wohnungen und ihrer Zuschnitte** vertraut zu machen. Zum einen die 20seitige Studie »Homeoffice im Verlauf der Corona-Pandemie« im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom Juli 2021 (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/I/infas-corona-datenplattform-homeoffice.pdf?__blob=publicationFile&v=4), zum anderen ein 33seitiger Projektbericht im Auftrag des ver-di-Landesbezirks Hamburg vom April 2021 mit dem Titel »Auswirkungen der durch die Pandemie beschleunigten Entwicklung im Bereich der mobilen Arbeit auf die Chancengerechtigkeit von Arbeiutnehmer*innen« (www.hfh-fernstudium.de/sites/default/files/hfh-projektbericht-mobiles-arbeiten-2021.pdf).

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen am 25. November veranstaltet das Wilhelmsburger Projekt StoP (Stadtteile ohne Partnergewalt) in Kooperation mit Bilmati e.V. und dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) eine **dreitägige Ausstellung** mit dem Titel, **(Un)Sichtbar – Von Partnergewalt betroffene Frauen zeigen Gesicht.** »Die Porträts«, so die Veranstalterinnen, »zeigen betroffene Frauen, die sich erfolgreich gegen Partnergewalt gewehrt haben und mit ihrer Aktion anderen betroffenen Frauen Mut machen wollen. Das Ziel der Ausstellung ist es, Nachbar:innen für das Thema Partnergewalt zu sensibilisieren. Die Veranstaltung wird an den drei Tagen von zwei jungen Künstlerinnen, Lea Suchy und Kira Lynn Kettner, begleitet, die mit den Gästen ein interaktives Kunstwerk zu dem Thema erstellen.« Die Ausstellung im Sprach- und Bewegungszentrum (Rotenhäuser Damm 40) wird am Donnerstag, den 25. November, 16.00 bis 20.00 Uhr, eröffnet. Die Eröffnungsrede hält Cansu Özdemir, Co-Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion der Bürgerschaft. An diesem ersten Abend sind auch einige der betroffenen Frauen zugegen. **Am 26. Und 27. November** kann die Ausstellung jeweils zwischen 11.00 und 19.00 besichtigt werden. Eine Kinderbetreuung ist organisiert. Mehr unter www.stop-partnergewalt.org.

Um **100 Jahre Schulreform in Deutschland** geht es auf einer Veranstaltung des Bündnisses **Eine Schule für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie**. Mit dem Jubiläum wird Bezug genommen auf die erste Reichsschulkonferenz 1920, der beginn der Bemühungen um eine Schule für die Demokratie. Und die Veranstalter haben sich für **Donnerstag, den 18. November**, etwas Besonderes vorgenommen. Von 18.30 bis 21.00 Uhr gibt es nämlich ein **online** zu verfolgende **Tanzperformance**, eine Zeitreise mit dem «Legislativen Theater Berlin", aber auch ein dialogisches Gespräch mit den bildungspolitischen Vertreter:innen der Parteien. Das Programm und eine Anmeldemöglichkeit gibt es unter https://ggg-web.de/z-ggg/16-aktuell/1705-efa-interaktive-theater-performance-2021-11.

Eine hochrangig besetzte **Abschlussveranstaltung zum Rahmenplan Stadteingang Elbbrücken** hat der Senat für **Montag, den 22. November**, ab 19.00 Uhr per Livestream auf www.billebogen.de angekündigt. Nach zwei Jahren der Planungen udn Diskussionen soll nun in die praktische Phase übergegangen werden. Berührt sein werden von den Veränderungen die nördliche Veddel, die östliche HafenCity sowie die Stadtteile Rothenburgsort und Hammerbrook. Über die geplanten Maßnahmen und Zukunftsvisionen diskutieren an diesem Abend online Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Oberbaudirektor Franz-Josef Höing, der Leiter des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung beim Bezirk Hamburg-Mitte Michael Mathe sowie der Vorsitzende der Geschäftsführung der Billebogen Entwicklungsgesellschaft Dr. Andreas Kleinau. Den 161seitigen »Rahmenplan Stadteingang Elbbrücken« gibt es zum Einlesen übrigens hier: //billebogen.de/wp-content/uploads/2021/10/Rahmenplan_Stadteingang_Elbbruecken.pdf.

Zu den wohnungspolitischen Niederschlägen der letzten Zeit gehört neben dem Kassieren des Berliner Mietendeckels durch das Bundesverfassungsgericht die Mitte November bekannt gewordene **Teilaussetzung des komunalen Vorkaufsrechts in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungsverordnung**. Die Immobilienmafia jubelt, den Mieter:innen in Ballungsgebieten wird's noch schlechter gehen. Die Auswirkung dieses desaströsen Urteils des **Bundesverwaltungsgerichts** kommentierte die »junge welt« am 11. No-

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

vember mit der Headline »Klassenstaat räumt Kieze« (https://www.jungewelt.de/artikel/414264.milieuschutz-klassenstaat-r%C3%A4umt-kieze.html). Das »neue deutschland« schrieb von der Pulverisierung des Vorkaufsrechts (www.nd-aktuell.de/artikel/1158468.milieuschutz-richter-pulverisieren-vorkaufsrecht.html). Durch diese **höchstrichterliche Entscheidung** wird es den Behörden in Zukunft nahezu verunmöglicht, per Vorkaufsrecht Wohnhäuser zu erwerben, deren Eigentümer:innen gerade keine sozialen Belange berücksichtigen. Wer es im O-Ton lesen will, schaut sich die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts Nr. 70/2021 vom 9.11.2021 an: www.bverwg.de/de/pm/2021/70. Und für die Auswirkungen auf Hamburg sei ein dreiminütiger NDR-Beitrag empfohlen: www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Mieterverbaende-alarmiert-Leipziger-BVerwG-kippt-Vorkaufrecht,hamj115730.html.

Aber wir wollen ja auch das Positive hervorheben, beispielsweise diese Meldung von Radio-Hamburg vom 22. September, also unmittelbar vor der Bundestagswahl: »**41 Prozent der in Hamburg Wahlberechtigten sprechen sich für eine Enteignung großer <privater> Wohnungsunternehmen** wie z. B. Vonovia oder Deutsche Wohnen aus. Der kleinere Teil ist dagegen (34 %), 25 % haben keine Meinung. In Hamburg sind 48% der Wähler der GRÜNEN Befürworter und 47% der SPD-Wähler. Bundesweit sind 36 % für eine Enteignung, dabei sprechen sich Wähler der Partei die LINKE zu 56 % dafür aus, gefolgt von Wählern der GRÜNEN zu 47 %. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Online-Umfrage von Trend Research im Auftrag von Radio Hamburg, die vom 13.9. bis 16.9.21 deutschlandweit unter 1.097 wahlberechtigten Personen ab 18 Jahren und weiteren 703 in Hamburg Wahlberechtigten durchgeführt wurde und ein Stimmungsbild zu wichtigen Themen der Bundestagswahl 2021 liefert. Die Befragten machten zudem Angaben darüber, wieviel Prozent vom **Haushaltsnettoeinkommen für das Wohnen inklusive aller Nebenkosten und Instandhaltung** ausgegeben werden. Durchschnittlich sind das 34 % bei den bundesweiten Teilnehmern, **in Hamburg liegt der Wert bei 39 %**.« Die ganze Pressemitteilung gibt es hier: www.radiohamburg.de/aktuelles/bundestagswahl/Hamburger-geben-rund-40-Prozent-ihres-Einkommens-f%C3%BCr-Miete-aus-id589127.html.

Soeben neu erschienen ist der mittlerweile **9. Newsletter der Volksinitiative Keine Profite mit Boden und Miete**. Auch wenn es nur fünf Seiten sind, aber der Rundbrief hat es in sich und bietet allerhand interessante Informationen und Einschätzungen zur hamburgischen Wohnungs- und Mietenpolitik. Beispielsweise dies: So werden Mieter vertrieben, Unterschriftensammler von Polizisten angezeigt, Umwandlung in Eigentumswohnungen erschwert, Heimstaden kauft 3600 Wohnungen von Akelius, Neues vom Holsten-Areal, Steilshooper protestieren gegen Baupläne, VONOVIA erhöht Gewinnprognose. Großer Erfolg der Volksinitiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« in Berlin. – Und in Hamburg? Leerstand ist oft profitabel. Den Rundbrief gibt es hier: https://keineprofite-mitbodenundmiete.de/wp-content/uploads/2021/11/Newsletter-9-2021-Stand-12.11.21.pdf.

Jede zweite **Betriebskostenabrechnung** sei falsch, erklärte kürzlich der Mieterverein zu Hamburg. Geschäftsführer Rolf Bosse rechnet hoch, dass Hamburgs Mieter:innen pro Jahr rund zwölf Millionen Euro zu viel an die Vermieter:innen zahlen. Manchmal seien es Kleckerbeträge, aber in einem Fall auch schon mal sage und schreibe 1.400 Euro, so der NDR in einer Meldung vom 21. Oktober (www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Mieterverein-Jede-zweite-Betriebskostenabrechnung-falsch,mieten188.html). Der Mieterverein hat einen Online-Check zum Thema Betriebskosten auf seiner Website eingerichtet, dort lasen sich schon mal erste Erkenntnisse über etwaige Fehlabrechnungen gewinnen (https://online-checks.mieterverein-hamburg.de/betriebskosten.html).

Über den realen **Mieten-Irrsinn in Hamburg** berichtete einmal mehr am 29. Oktober die NDR-Sendung »Extra drei«. Drei Minuten lang geht es in dem Beitrag um die Methfesselstraße 80, dessen letzter Bewohner durch alle erdenklichen Tricks und Schikanen aus dem Haus vertrieben werden soll. Den Krimi über einen zutiefst unsympathischen Vermieter und einen kämpferischen Mieter gibt's hier: www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/Realer-Irrsinn-in-Hamburg-Wenn-Wohnen-zum-Abenteuer-wird,extra20152.html.

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

So wie die Betriebskosten oft zu hoch ausfallen, so schaut's auch mit den Mieten aus. In einem **Working Paper** vom Juni des Jahres – herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), verfasst von **Andrej Holm und anderen** Sozialwissenschaftler:innen – wird festgestellt, dass 4,1 Millionen oder **49 % der Haushalte in Deutschlands Großstädten mehr als 30 % ihres Nettoeinkommens für die Miete inklusive** Nebenkosten und Heizung einsetzen müssen. Im bundesweiten Mittel zahlen Mieter:innenhaushalte in Großstädten 29,8 % für die Bruttowarmmiete, in Haushalten an der Armutsgrenze mit maximal 60 % des mittleren Einkommens aller Großstädter:innen sind es sogar 46 %. »Mehr als 7,5 Millionen Menschen in 4,4 Millionen Mietzerhaushalten lebten 2018 in Wohnungen, die für sie zu klein oder zu teuer sind« (www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-viel-zu-gestalten-35894.htm - unter diesem Link kann auch die Holm-Studie angeklickt werden).

Tausende Hamburger:innen ohne Strom und Gas, so ist eine taufrische Pressemitteilung der Linksfraktion vom 15. November betitelt: »Zwischen Oktober 2020 und Ende September 2021 wurde 7.508 Hamburger Haushalten der Strom und 146 Haushalten die Gaszufuhr gesperrt. Das ist das Ergebnis einer **Anfrage der Linksfraktion** (Drs. 22/6159). Zum Vergleich: Im Vorjahreszeitraum wurde 5.952-mal der Strom und 129-mal das Gas gesperrt. Allerdings wurden zwischen April und Juni 2020 aufgrund der Corona-Pandemie keinerlei Energiesperren durchgeführt, so dass insgesamt von einem gleichbleibend hohen Niveau ausgegangen werden kann. In einem **Antrag** (Drs. 22/6243) für die Bürgerschaftssitzung am 17. November fordert die Linksfraktion daher **›Bezahlbare Energie für alle‹**. So soll Bezieher:innen von Wohngeld, SGB-II und -XII ein Energiezuschlag von 11 Euro im Monat gezahlt werden und die Strom- und Gasversorgung bei privaten Haushalten darf nicht unterbrochen werden.«

Elektroautos – Lösung oder Sackgasse, so ist eine Diskussionveranstaltung der Hamburger LINKEN am **Mittwoch, den 24. November**, überschrieben. Referent der um 19.00 Uhr in der St. Georger »Kaffeewelt« (Böckmannstraße 6) beginnenden Veranstaltung ist der Verkehrswissenschaftler **Dr. Winfried Wolf**, der schon in den vergangenen Jahren durch etliche verkehrskritische Publikationen hervorgetreten ist. Eine seiner Kernthesen: Die CO^2-Bilanz eines E-Autos ist über seinen gesamten Lebenszyklus hinweg betrachtet nicht weniger umwelt- und klimabelastend wie ein Auto mit einem (sparsamen) Verbrennungs-Motor. Wo liegt dann der große Fortschritt? Mehr zur Veranstaltung hier: www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/detail/news/elektroautos-loesung-oder-sackgasse/.

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Bereits angelaufen ist eine interessante **Veranstaltungsreihe** des Zentrums Weiterbildung der Universität Hamburg. Sie trägt den etwas sperrigen Titel **Andocken 20: ErinnerungsTopografie/Hamburger Geschichtslandschaften**. Im Mittelpunkt stehen dabei laut Uniankündigung die »städtischen Gedenkorte, Straßennamen, Denkmäler und (Wiederaufbau-) Bauprojekte – von der Gedenkstätte Neuengamme über das Lagerhaus G bis zum Bismarck-Denkmal und zu der Peking«. Beim nächsten Termin am **Dienstag, den 23. November, 18.30 Uhr, geht es um dies: GeschichtsOrt Münzviertel Hammerbrook: Aushandlungsprozesse zwischen Wissenschaft, Politik und Stadtteilprojekt.** Referenten sind Prof. Dr. Norbert Fischer vom Uni-Institut für Empirische Kulturwissenschaft sowie Mitglieder der studentischen Projektarbeit und der Initiative Gedenkort Münzviertel. Dieser und die noch bis Ende Januar 2022 folgenden Vorträge werden jeweils dienstags von 18.30 bis 20.00 Uhr im Hörsaal J des Hauptgebäudes (Edmund-Siemers-Allee 1) gehalten. Mehr Infos unter www.zfw.uni-hamburg.de/oeffentliche-vortraege/programm-wise/04-andocken-20.

Die neuesten drei der insgesamt **inzwischen 37 Bewohner:innenparkgebiete** (www.hamburg.de/onlinedienste/15019396/uebersicht-bewohnerparkgebiete/) sind **ab dem 16. November in Kraft**: Es handelt sich um die **Areale Lange Reihe, Steindamm und Münzviertel**, wobei die Begriffe etwas im Dunkeln lassen, dass hier ein gut zwei Quadratkilometer großer Bereich zukünftig anwohner:innenbevorrechtigtes Parken ermöglicht. 84 % der Beteiligten aus St. Georg und den Hammerbookquartieren Münzviertel und Sonnin-Park – einer der höchsten Zustimmungswerte bei solcherart Umfragen in Hamburg überhaupt – hatten sich in einer Umfrage des Landesbetriebes Verkehr (LBV) für die Einrichtung der Bewohner:innenparkgebiete ausgesprochen. Kein Wunder, in St. Georg wurde diese Forderung schon in den 1990er Jahren erhoben – und der Auto- und Parkverkehr hat seitdem weiter zugenommen. Mehr zum Thema gibt es hier: www.hamburg.de/bewohnerparken.

Hammerbrook – ein Stadtteil in Veränderung

Von Michael Joho

Der nachfolgende Beitrag ist erstmals in der November-Ausgabe des Online-Newsletters «MitteNmang", des momnatlichen Organs der Mitte-LINKEN veröffentlicht worden.

Der kürzliche Versuch, jemanden aus der Bezirksfraktion für eine Veranstaltung zum Hammerbook zu gewinnen, klappte nicht, niemand fühlte sich so richtig auskunftssicher. Kein Wunder, auch mir ist es so ergangen, obwohl der Hammerbrook eigentlich mein Nachbarstadtteil ist, ja, bis 1938 sogar als St. Georg-Süd durchging, bis durch das Groß-Hamburg-Gesetz der Nazis der eigene Stadtteil Hammerbrook geschaffen wurde. Zwei Punkte fallen mir seit langem spontan ein, wenn ich an diesen Nachbarn denke:

❶ Der Umstand, dass hier einmal zehntausende Menschen gelebt haben (laut Volkszählung am 16.6.1933 genau 52.197), von denen in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943 etwa 12.000 durch Bomben und Feuersturm im Zuge des sog. »Unternehmens Gomorrha« ums Leben kamen. Der Zerstörungsgrad im Stadtteil betrug damals gut 90 %, er war jahrelang durch eine Mauer abgesperrt. Doch hier sind nicht nur massenhaft Menschen gestorben und ein Stadtteil flächendeckend ausradiert worden, hier ist auch das frühere Herz der stolzen hamburgischen ArbeiterInnenbewegung erloschen, ein roter Stadtteil, dem Willi Bredel mit seinem antifaschistischen Hammerbrookroman »Dein unbekannter Bruder« 1936 im Exil ein ehrendes Andenken gewidmet hat.

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Der prämierte »Berliner Bogen« *(wenn nicht anders angegeben, Fotos von M. Joho)*

❷ Zum anderen ein Stadtteil, der von großen Straßen zerschnitten ist und an verschiedenen Ecken sowas von unansehnlich, langweilig und laut ist, dass es – scheinbar – kaum lohnt, sich damit intensiver beschäftigen. Das entscheidende Stichwort lautet City-Süd, ein Begriff, der in den 1980er Jahren geprägt wurde und anknüpfte an der City-Nord – und damit an die ganze Tristesse dieses unattraktiven Bürostandortes ohne Flair und Verweilqualität.

Geschichtsträchtiger Ort: das ehemaliger KZ Spaldingstraße

Warum also sollte mensch sich mit diesem Hammerbrook beschäftigen? Vielleicht, weil er einer der unbekanntesten und zugleich einer der sich am schnellsten verändernden ist und den Wandel in der Metropole veranschaulichen kann. Einen Wandel allerdings, der seine Höhen und Tiefen hat und von der LINKEN auch andere Antworten erfordert, als das was passiert.

Hammerbrook hat sich in weniger als zehn Jahren tatsächlich ein Stück weit gemausert, er ist der am schnellsten wachsende Stadtteil Hamburgs. Ende 2010 lebten hier lediglich 1.703 Menschen, ein Jahrzehnt später bereits 5.069. Gab es damals BewohnerInnen fast nur am Högerdamm und im

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Münzviertel (bis 2008 noch zum aufgelösten Stadtteil Klostertor gehörig), ist zwischen der Sonninstraße und dem Nagelsweg auf dem ehemaligen Sharp-Gelände in nur wenigen Jahren das Sonninquartier hochgezogen worden. Die knapp 1.400 neuen Wohneinheiten sind zwar zu einem Drittel öffentlich gefördert (wobei unklar ist, wie viele davon im 1. bzw. 2. Förderweg errichtet wurden, was bei der Einstiegsmiete zurzeit entweder 6,80 oder 8,90 Euro/qm nettokalt bedeutet), der Rest aber sind teure frei finanzierte Wohnungen und noch teurere Eigentumswohnungen.

Hammerbrooker Verhältnisse: Zwei Hotels, ein Wohngebäude

Mit dem Ergebnis, dass im September 2021 die Durchschnittsmieten im gesamten Stadtteil auf 16,73 Euro/qm hochgeschossen sind (www.abendblatt.de/ratgeber/wohnen/immobilienpreise/article233454100/Gleichbleibende-Mieten-in-Hammerbrook.html). Dazu beigetragen haben dürften allerdings auch 2015/16 am Schultzweg 2 (auf ehemals städtischem Gelände) entstandenen 350 möblierten 19qm-Apartements, die für unglaubliche 670 bis 870 Euro/qm vermietet werden. Die grüne Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank feierte den Bau schon beim Richtfest, weil hier in Zukunft ja viele Studierende »eine neue Heimat« finden würde – ich berichtete über dieses Projekt im »MitteNmang« vom April 2021. Eine soziale Stadtentwicklung sieht anders aus.

Der (geplante) Alster-Bille-Elbe-Grünzug längsseits des Hammerbrooker Hochwasserbassins *(Foto: www.hamburg.de/pressearchiv-fh-h/13564388/2020-02-04-bue-alster-bille-elbe-gruenzug/)*

Nach wie vor dominant sind im Hammerbrook natürlich die diversen Büro- und Firmengebäude. Er gilt als eines der beiden größten »Business-Center« der Stadt, in dem fast 3.400 Firmen (darunter 1.200 des produzierenden Gewerbes) mit vielleicht 30.000 bis 35.000 Beschäftigten angesiedelt sind (https://www.hamburg.de/sehenswertes-hammerbrook/). Zu den größten Unternehmen gehören u.a. die DAK, Grone, die Stadtreinigung, Teile der Verkehrsbehörde und der Großmarkt. Nicht zu vergessen sind die Hotels, von denen alleine von 2014 bis 2021 mindestens acht neu entstanden sind; für 2022/23 sind weitere drei Hotels mit zusammen fast 1.600 Betten in Planung (https://www.hamburg.de/neueroeffnungen/). Für eine links Stadtentwicklungspolitik wäre der Hammerbrook sicher eine große Herausforderung, vernünftige, menschengerechte und nachhaltige Ideen und Pläne zu entwerfen, wie aus einem zeitweilig fast homogenen Bürostandort ein durchmischter, attraktiver und lebenswerter Stadtteil wird. Aber das ist momentan wohl noch Zukunftsmusik.

Single-Herstellung bei »Ramona records«

Zu den jüngsten Entwicklungen gehört sicher, dass der weithin noch als Durchfahrort unterschätzte Hammerbrook zunehmend entdeckt wird. Dazu zählen einerseits innovative Start-up-Unternehmen, die klein aber fein Nischen suchen und dafür u.a. den fast programmatischen Begriff »Hammerbrooklyn« gewählt haben. (https://factoryberlin.com/factory-hammerbrooklyn/?gclid=EAIaIQobChMI6-3f8KLv-

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

8wIVT-N3Ch14yAJjEAAYASAAEgIrBPD_BwE). Ebenso bemerkenswert ist eine schon seit einigen Jahren längsseits des Hochwasserbassins in alten, teilweise schon länger leer stehenden Fabrikgebäuden untergekommene kreative Szene. Besonders hervorgehoben sei hier stellvertretend die kleine Firma »Ramona records«, Hamburgs einzige, von Martin Sukale geleitete Plattenpressfirma in der Süderstraße 112a (ein uriges 26min-Video unter https://www.youtube.com/watch?v=Uwowf7QsIVw). Dieses Handwerksjuwel ist Teil des »Entwicklungsprojekts Hochwasserbassin«, das unter der Adresse Süderstraße 112/114 den alten, zwischen 2000 und 2014 ungenutzten Betriebshof der Hamburger Wasserwerke bespielt. Hier betreibt der Verein »Kulturelles Neuland e.V.«, der sich für die Erschließung städtischer Brachflächen engagiert, das Projekt »Südpol«, das den ehemaligen Betriebshof zu einem »Zentrum für Kunst- und Kreativkultur« entwickelt hat, »das Künstlerateliers, Proberäumen, Tonstudios, Werkstätten sowie Ausstellungs- und Veranstaltungsflächen Raum bietet« (https://kreativgesellschaft.org/raum/mietobjekte/hochwasserbassin/). Ein anderer Ort ist das Projekt PARKS (Bullerdeich 6), das angetreten ist, den weiteren Ausbau des »Alster-Bille-Elbe-Grünzuges« zu begleiten (https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/14305832/2020-09-11-bukea-alster-bille-elbe-gruenzug/). Und erwähnt sei auch noch das ehemalige Kraftwerk Bille, in dem sich in den vergangenen Jahren ebenfalls um den 2015 gegründeten Verein »Hallo« Gruppen und Einzelpersonen angesiedelt haben, um den alten Backsteinbau, aber auch das bisher noch weitgehend triste Quartier zu beleben. Allerdings steht das Projekt, entgegen großer Zustimmung auch aus dem Bezirksamt Hamburg-Mitte, vor finanziellen Problemen und damit möglicherweise vor dem Aus (taz.de/Projekt-im-Kraftwerk-Bille-vor-dem-Aus/!5786789/).

Das I-Punkt Skateland in der Spaldingstraße 131

Der Hammerbrook lädt zur Erkundung ein, sei es das Sonninquartier, sei es der erst im Entstehen begriffene Alster-Bille-Elbe-Grünzug, der – vielen unbekannt – »hinter« dem Berliner Bogen – längsseits des Hochwasserbassins verläuft und überraschende Perspektiven bietet (s. Bürgerschafts-Drs. 21/20049 vom 4.2.2020). Und natürlich ist das Münzviertel zu erwähnen, das als Quartier mit der »höchsten Dichte an sozialen Einrichtungen in Deutschland« gilt: »Auf rund 1.200 Bewohner kommen 14 Einrichtungen« (https://www.hamburg.de/sehenswuerdigkeiten-strassen-plaetze-viertel/9386212/muenzviertel-hamburg/). Gerade hier sollen weitere, durchaus umstrittene Neubauten entstehen, denn die Innenstadt ist nahe und die Grundstücke sind goldwert. Doch statt gezielt sozialen Wohnungsbau auf den letzten freien Arealen zu betreiben, visiert das Bezirksamt Projekte »mit dem Vorrang der Wirtschaftsförderung« an. Geplant sind ein Bürogebäude der Firma »ConneXion Office GmbH & Co. KG« mit dem Ankermieter »Lichtblick SE« sowie von »Viva con Agua & Heimathafen Hamburg« (Bürgerschafts-Drs. 22/5385 vom 17.8.2021). Lichtblick und Viva con Agua sind sicher honorige Unternehmen, aber mit den von ihnen geplanten Büro- und Hotelkomplexen werden leider diese Flächen im Münzviertel eben nicht mit Wohnungen bebaut. Noch offen und kommunalpolitisch deswegen besonders interessant ist die Zukunft des ehemaligen Hillgruber-Grundstücks an der Ecke Amsinckstraße/Spaldingstraße/Schultzweg/Norderstraße, das letzte städtische Areal im Münzviertel.

Die krekelige Münzviertel-Initiative hat dazu Mitte Juni wichtige Forderungen aufgestellt.

1. Vergabe des Grundstücks nach einer Konzeptausschreibung. Insbesondere keine Vergabe als Wirtschaftsförderungsgrundstück.

2. Das Grundstück soll in Erbpacht an Genossenschaften oder ähnliche Körperschaften vergeben werden.

3. Das Grundstück soll überall dort, wo das Wohnen allgemein zulässig ist, ausschließlich zum Wohnen genutzt werden (Ausnahme: Erdgeschosse).

4. Es sind ausschließlich geförderte Wohnungen (insbesondere des 1. Förderweges) mit langen Mietpreisbindungen, Wohnprojekte und Wohnungen für Menschen mit erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt (insbesondere Housing First) vorzusehen.

5. Erdgeschosse der Straßenzüge Schultzweg und Norderstraße sowie der gesamte Gebäuderiegel an der Spaldingstraße sollen einer kleinteiligen gewerblichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. [www.muenzviertel.de]

Der Stadtteil ist vielfach im Umbruch, jüngst hat es eine erste Veranstaltung zur Überplanung des Gebiets um das Berliner Tor gegeben. »Hammerbrook, Rothenburgsort und Veddel rücken ins Zentrum der Stadtentwicklung«, hieß es am 20. Oktober 2021 im »Hamburger Abendblatt« (www.abendblatt.de/hamburg/article233622479/hammerbrook-veddel-rothenburgsort-stadtentwicklung-hamburg-arbeiterviertel-quartiere.html).

Höchste Zeit also, diesem lange vernachlässigten Stadtteil die gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Der mit seinen Wohnquartieren und vielen jungen, hier lebenden Menschen Potential hat, nicht zuletzt in politischer Hinsicht. Der Anfang lässt sich mit einem interessanten Bummel machen.

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Zum politischen Potenzial des Stadtteils Hammerbrook hier am Ende des Artikels noch ein **Überblick über die Bürgerschafts-Wahlergebnisse** in diesem Stadtteil von 2008 bis 2020.

Bürgerschaftswahl	Grüne[1)]	SPD	Linke	CDU	FDP	AfD	Übrige
2020	**34,0 %**	23,5 %	16,1 %	6,9 %	5,2 %	3,0 %	11,4 %
2015	22,2 %	**26,3 %**	21,3 %	7,3 %	3,4 %	4,2 %	15,3 %[2)]
2011	22,5 %	**35,4 %**	27,6 %	9,3 %	4,4 %	–	15,4 %[3)]
2008	21,1 %	**36,3 %**	10,6 %	20,3 %	5,4 %	–	5,7 %
2004	**35,1 %**	25,5 %	–	26,9 %	3,8 %	–	8,7 %

https://de.wikipedia.org/wiki/Hamburg-Hammerbrook

Gnadenlos rechtspopulistisch

Von Gaston Kirsche

Rückblick auf die Schill-Verhältnisse vor 20 Jahre

Gut zwei Jahrzehnte ist es her, dass uns mit der Wahl des Ronald Barnabas Schill zum Zweiten Bürgermeister das Grauen packte. Auf die damaligen Verhältnisse blickt nun Gaston Kirsche zurück, in einem längeren Beitrag, dessen ersten Teil wir nachfolgend aufgenommen haben, der zweite folgte im nächsten BB. Wir danken dem Autor für die höchst interessanten Ausführungen.

Vor 20 Jahren, am 31. Oktober 2001, übernahm eine Koalition aus CDU, FDP und rechtspopulistischer Schill-Partei die Regierung des Stadtstaates Hamburgs. Ronald Barnabas Schill wurde Zweiter Bürgermeister, berufen vom ersten Bürgermeister Freiherr Ole von Beust von der CDU. Zuvor war die rechtspopulistische Schill-Partei bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 23. September 2001 aus dem Stand auf 19,4 % gekommen. Sie bewirkte eine nachhaltige Rechtsverschiebung im Stadtstaat.

»Symptomatisch für die Hamburger Politik ist es, Politik nur für Minderheiten zu machen – je asozialer und krimineller sie sind«, erklärte Ronald Schill im Juli 2001 bei einem Wahlkampfauftritt, den der NDR filmte. Er konnte sicher sein, dass auch diese wohlkalkulierte Provokation auf große mediale Resonanz stoßen würde. In seiner Tätigkeit als Amtsrichter hatte er in den 90iger Jahren zahlreiche harte Urteile gefällt und war zum Liebling des Hamburgs Presselandschaft damals beherrschenden Springerkonzerns aufgestiegen: Als »Richter Gnadenlos« inszenierte ihn über Jahre hinweg insbesondere die Hamburg-Ausgabe der »Bild«. »Die Springerpresse hat ihn regelrecht hochgeschrieben«, so Christiane Schneider, 2002 bis 2006 Sprecherin der PDS Hamburg, ab 2008 zwölf Jahre Abgeordnete für DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zum Autor: »Hinzu kommt, dass der CDU-Spitzenkandidat bereits vor der Wahl eine Koalition mit der Schill-Partei für möglich erklärt und Schill damit wohl auch Stimmen zugetrieben hatte«.

Als Enfant terrible der Richterschaft kannte Schill keine Hemmungen, immer wieder über seines Erachtens nach zu milde urteilende, bekannte progressive Jugendrichter herzuziehen. Schill suggerierte, Hamburg sei die unsicherste Stadt Deutschlands und der bis 2001 regierende rotgrüne Senat mit dem linken Sozialdemokraten Ortwin Runde als Bürgermeister ginge zu lasch gegen Kriminelle vor, insbesondere gegen straffällige Jugendliche. Einzelfälle wurden skandalisiert und ursächlich soziale Probleme zu einem Mangel an Repression umgedeutet: »Die Stadt- und Sozialentwicklung der vorangegangenen Jahre hatte zu einer öffentlich sichtbaren Zunahme von Armut – Stichworte etwa Bettelei, Drogenproblematik – geführt, die den Nährboden für starke rechte und autoritäre Strömungen bildeten«, so Christiane Schneider: »Schill gelang es, mit der Fokussierung auf Kriminalität den verbreiteten Unmut sowohl in ärmeren wie auch in bürgerlichen Stadtteilen für autoritäre Konzepte zu mobilisieren. Man sollte nicht vergessen, dass bei den vorhergegangenen Bürgerschaftswahlen 1993 und 1997 die drei extrem rechten Parteien DVU, Republikaner und NPD zusammen 7,6 beziehungsweise 7 Prozent erreicht hatten«. Plus 1,6 Prozent bei der vorhergehenden Wahl 1997 für die rechtspopulistische Kleinpartei Bund Freier Bürger. Dieses rechte Wählerpotenzial konnte Schill gewinnen, es machte mehr als ein Drittel seines Erfolgs aus. Vormals CDU- und SPD-Wählende stellten, etwa zu gleichen Teilen, 44 Prozent der Schill-Wähler:innen, und zudem konnte er zahlreiche Nichtwähler:innen mobilisieren.

Aber aus dem Stand 19,4 %? »Ich denke zum einen das wie so häufig eine Abgrenzung zu seinen Methoden und Meinungen

fehlte«, so Annika Feldberg, radikale Linke aus Hamburg, die eigentlich anders heißt und damals regelmäßig gegen Schill und die sich mit ihm verstärkende reaktionäre Politik demonstriert hat. Und Schill habe eine Amerikanisierung der Rechtsprechung propagiert: Wenn du der Mehrheitsmeinung nicht entsprichst, kann mir dir sowieso nicht trauen. »Das hat Schill schon bevor er die Schill-Partei gegründet hat hervorragend verkörpert«, erklärt Annika Feldberg: »Er hatte Macht, hat diese genutzt und genug Menschen um sich herum gruppieren können, die daran teilhaben wollten«.

Die CDU, welche in Hamburg alleine gegen die mit Behörden und Handels- und Hafenkapital eng verwobene SPD nicht ankam, baute Schill als Kritiker des Senats mit auf: CDU-Ortsverbände organisierten Vortragsabende mit Schill, im Herbst 1999 kam es aus dem hanseatisch-bürgerlichen Milieu zur Gründung der Initiative »Ich will Schill!«. Im Juli 2000 initiierte Schill die Gründung der »Partei Rechtsstaatliche Offensive«, PRO, die sich nach einem Rechtsstreit um die Abkürzung mit der Kleinstpartei »PRO D-Mark« aber nur noch nach ihrer Führungspersönlichkeit »Schill-Partei« nannte. Unter diesem Namen wurde ihr an Stammtischen in Hamburger Kneipen sowieso schon zugeprostet.

Wie kam es zum Erfolg von Schill? Eine Frage an schon vor 2001 in Hamburg aktive Linke: »Schill hat die reaktionärsten, dumpfsten Volksmeinungen zu einem politischen Programm zusammengeführt«, erklärt Werner Pomrehn vom linken Radio Freies Sender Kombinat, FSK, rückblickend gegenüber dem Autor. »In gewisser Weise war die Zeit reif für eine neue, rechte aber nicht extrem rechte Partei mit dem Flair des unverbrauchten, neuen und nicht Etablierten«, resümiert Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts gegenüber dem Autor.

Auch eine später vom Bundesgerichtshof aufgehobene Verurteilung wegen Rechtsbeugung schadete Schills Ruf nicht, im Gegenteil. In einem Prozess gegen Aktive aus der »Roten Flora« hatte Strafrichter Schill Ordnungshaft gegen drei Personen aus dem Umfeld des Autonomen Zentrums verhängt – und deren über den Anwalt Andreas Beuth dagegen eingereichte Beschwerde zwei Tage nicht an das zuständige Oberlandesgericht weitergeleitet. Schill beteuerte treuherzig, das sei keine Absicht gewesen, und so hob der Bundesgerichtshof seine Verurteilung wegen Rechtsbeugung am 4. September 2001 auf.

Drei Wochen später feierte sich Schill im Kreis seiner Parteifreunde – einige wenige Frauen waren auch dabei – als Wahlsieger der Bürgerschaftswahl vom 23. September 2001. Die CDU hatte an die Schill-Partei zwar verloren, aber deren 19,4 % plus 26,2 % für die CDU unter Freiherr Ole von Beust und die knapp mit 5,1% neu in die Bürgerschaft eingezogene FDP unter Konteradmiral a.D. Rudolf Lange reichten für eine Koalitionsmehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft. So wurde Ole von Beust zum Ersten Bürgermeister gewählt und ernannte als Zweiten Bürgermeister Ronald Schill.

»Das alles war aber nur möglich, weil die CDU und das konservative Establishment, auch in der Wirtschaft, unbedingt einen Wechsel wollten«, so Felix Krebs: »Sie brauchten dafür aber einen neuen Koalitionspartner, weil die CDU alleine zu schwach war. Deshalb ließ man dem Hasardeur Schill weitgehend freie Hand, obwohl schon damals bekannt war, dass er mehr Maulheld denn versierter Jurist war«.

Die in Hamburg zu diesem Zeitpunkt seit 44 Jahren ununterbrochen mal alleine, mal mit der FDP, zuletzt mit den Grünen regierende SPD musste einer Koalition von Schill-Partei, CDU und FDP Platz machen. »Die SPD hatte Monate vor den Wahlen in der Hoffnung, Schill das Wasser abzugraben, einen scharfen Rechtsruck eingeleitet, insbesondere auf dem Feld der Innenpolitik«, so Christiane Schneider: »Statt Schill zu schwächen, lieferte sie die Legitimation für autoritäre Lösungsangebote«. Der von Schill zum Symbol für zu viel Liberalität erklärte SPD-Innensenator Hartmuth Wrocklage wurde Ende Mai ausgetauscht gegen Olaf Scholz, den heutigen Kanzlerkandidaten. Scholz ordnete im Juli etwas an, vor dem sein Amtsvorgänger Wrocklage Skrupel hatte: Dass mutmaßlichen Dealern auch zwangsweise Brechmittel verabreicht werden könnten, wenn sie aus Angst vor Strafe ihre Drogen herunterschlucken. Scholz erklärte dazu markig: »Ich bin liberal, aber nicht doof.« Vom rotgrünen Hamburger Senat wurde dies bis dahin abgelehnt – wegen rechtlicher Zweifel und medizinischer Bedenken aus der Ärzteschaft gegen das Brechmittel »Ipecauanha«.

» Was im Rückblick als umfassender Angriff auf soziale Absicherungen und demokratische Rechte erkennbar ist, paralysierte zuerst die gesellschaftliche linke Opposition

Ronald Schill, der Scholz am 31. Oktober als Innensenator ablöste, setzte die Brechmittelverabreichung unter Zwang fort. Bald gab es das erste Todesopfer: Der 19-jährige Nigerianer Achidi John fiel am 8. Dezember 2001 ins Koma, nachdem ihm von vier Polizisten, die ihn fixierten, und einer Rechtmedizinerin gewaltsam eine Magensonde mit dem Brechmittel in die Speiseröhre gepresst worden war. Achidi John starb daran. Andere Bundesländer setzten den Einsatz von Brechmitteln nach seinem Tod aus. In Hamburg wurde weitergemacht. 530mal wurde das Brechmittel »Ipecauanha« in Hamburg eingesetzt, auch gewaltsam. Erst 2006 war Schluss: Da entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass der zwangsweise Einsatz von Brechmitteln eine Foltermethode und daher menschenrechtswidrig sei.

»Schill war die Sperrspitze, aber die ganze Koalition war ein großes Rollback gegen alles, was von links kam«, so Werner Pomrehn: »Ein evangelikales, reaktionäres Programm wurde umgesetzt. So durften sich von der CDU-geführten Sozialbehörde geförderte Frauenschutzeinrichtungen nicht mehr feministisch nennen – sonst hätten sie die staatlichen Zuschüsse verloren«.

Privatisierungen wurden massiv betrieben – bis dahin, dass das Gebäude, in dem die Hamburger Finanzbehörde bis heute

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

untergebracht ist, vom damaligen CDU-Finanzsenator Wolfgang Peiner erst verkauft und dann zurück gemietet wurde.

»Privatisierungen gab es einige: die vormals kommunalen Krankenhäuser,«, so Frank Loeding, aktiver Gewerkschafter in ver.di und langjähriger Betriebsrat: »Außerdem die Einstellung von sozialem Wohnungsbau, die ab 2015 von der SPD kassiert wurde, Sozialkürzungen, insbesondere die Ersetzung von Rechtsansprüchen durch Ehrenamtlichkeit und Mildtätigkeit und vermehrt soziale Kontrolle«. Ronald Prieß, ehemaliger Fraktionsmitarbeiter der LINKEN, erinnert sich: »Es gab eine umfassende Umorientierung in der sozialen Arbeit. Hier war nicht nur Schill der Stichwortgeber, sondern auch die CDU-Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram«.

Was im Rückblick als umfassender Angriff auf soziale Absicherungen und demokratische Rechte erkennbar ist, paralysierte zuerst die gesellschaftliche linke Opposition: »Vielleicht war ich etwas blauäugig, weil ich nicht glauben konnte, dass man einen so grenzdebil scheinenden Menschen ernsthaft in eine Regierung einbinden könnte«, so Annika Feldberg zum Autor. »Die Linke war das erste Jahr nach dem Wahlsieg von Schill-Partei, FDP und CDU in einer Schockstarre«, erinnert sich Werner Pomrehn: »Das hat sich erst mit der Räumung des Bauwagenplatzes Bambule geändert«. Der wurde am 4. November 2002 von der Polizei geräumt. Der CDU-FDP-Schill-Senat hatte auf Betreiben des Innensenators Schill entschieden, diese Wohnform nicht mehr dulden zu wollen. »Es war der erste große Protest gegen Schill, der ihn auch gebremst hat – eigentlich sollten alle Bauwagenplätze geräumt werden, dies war nicht durchsetzbar«, so Werner Pomrehn. Die autonome Szene und die Fans des FC St. Pauli protestierten über ein halbes Jahr lang massiv mit zivilem Ungehorsam für die Akzeptanz alternativer Lebensweisen, auch auf Bauwagenplätzen. Die Polizei reagierte angefeuert von Schill über und ging so rabiat gegen Demonstrationen vor, dass auch viele Unbeteiligte Opfer polizeilicher Gewaltausübung wurden.

»Wir vom FSK haben die Proteste mit Liveübertragungen und zahlreichen Sendungen begleitet und so Gegenöffentlichkeit hergestellt, die es sonst kaum gab«, erinnert sich Werner Pomrehn: »Zum Beispiel schloss der CDU-FDP-Schill-Senat auf Betreiben der FDP das Bürgerradio Offener Kanal Hamburg«.

Am 19. August 2003 wurde Schill als Zweiter Bürgermeister und als Innensenator vom CDU-Bürgermeister Ole von Beust entlassen, weil er »charakterlich nicht geeignet sei, länger Senator zu sein«: Schill hatte von Beust damit gedroht, ihn als schwul zu outen und seine Beziehung mit dem Justizsenator Roger Kusch öffentlich zu machen. Zuvor hatte von Beust den Staatsrat von Schill, Walter Wellinghausen, entlassen, weil der als unerlaubte »Nebentätigkeit« Aufsichtsrat in einem Krankenhauskonzern war.

Aber: Die Schill-Partei war eine Ein-Personen-Partei, die den Rückzug von Schill auf sein Abgeordnetenmandat gerade noch so noch aushielt, aber nicht mehr den kompletten Austritt Schills aus Partei und Koalitionsdisziplin im Dezember 2003. »Als Schill fiel, brach auch sofort die Partei auseinander«, erinnert sich Felix Krebs. Und weil sie eine One-Man-Show war, »gelang der Schill-Partei auch nie eine Ausdehnung über Hamburg hinaus«. Nach dem Zerfall der Schill-Partei war die Koalitionsmehrheit dahin. Bei den notwendigen Neuwahlen im Februar 2004 erhielt die ex-Schill-Partei, die jetzt ohne die Kurzbezeichnung Schill als Partei Rechtsstaatlicher Offensive antrat, nur noch 0,4 % der Stimmen, die Abspaltung »PRO Deutsche Mitte« unter Ronald Schill immerhin noch 3,1 %. Die CDU errang mit 47,1 % die absolute Mehrheit der Mandate. Ihr Wahlkampf war auf die Person des Bürgermeisters Ole von Beust zugeschnitten: »Michel.Alster.Ole.« stand auf den Plakaten, gewählt wurde der »Olemeister«. Nachdem Ole von Beust 2010 zurückgetreten war, kam die SPD wieder an die Macht – mit Olaf Scholz bis März 2018 als Bürgermeister.

Ronald Schill lebt seit 2005 in Rio de Janeiro und engagiert sich nur noch für Shows wie »Promi Big Brother – das Experiment«. Sein Nachfolger als Innensenator und Gründungsmitglied der Schill-Partei, Dirk Nockemann, ist allerdings mittlerweile Fraktionsvorsitzender der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft und Landesvorsitzender. Neben ihm standen 2015 bei den ersten Bürgerschaftswahlen, zu denen die AfD antrat, noch weitere frühere Mitglieder der Schill-Partei auf der Kandidierendenliste: Peter Lorkowski und Karina Weber. Norbert Frühauf, früher Fraktionsvorsitzender der Schill-Partei in der Bürgerschaft, war bis 2020 ebenfalls in der AfD aktiv und bis 2019 ihr Abgeordneter in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

> **» Die Schill-Partei war eine Ein-Personen-Partei, sie war eine One-Man-Show**

Trotzdem: Die Schill-Partei war rechtspopulistisch, aber nicht rechtsextrem. »Die Schillpartei war noch nicht so eindeutig auf den Rassismus festgelegt, wie heute die AfD«, so Felix Krebs: »Zwar war ihr Diskurs zum Thema Innere Sicherheit auch rassistisch konnotiert, Stichwort ‚schwarze Drogendealer', er richtete sich aber auch gegen andere Minderheiten«. Die AfD hat es anders als die Schill-Partei »geschafft verschiedene Wandlungen durchzumachen und auch neues Personal hervorzubringen«, so Krebs, »von der marktradikalen Anti-Euro-Partei hin zur extrem rechten Partei mit einem faschistischen Flügel«. Die Schill-Partei war auf den »Richter Gnadenlos« zugeschnitten« und von ihm abhängig. Ronald Schill grenzte sich von Nazis klar ab. So wurde auf Initiative Schills der ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU, Frederick Schulze, aus der Schill-Partei ausgeschlossen, nachdem er in Gegenwart von Ronald Schill unter Verwendung einer Naziparole Gegendemonstranten zugerufen hatte, sie sollten ‚sich lieber Arbeit suchen, denn Arbeit macht frei!'. Schulze wollte in Düsseldorf die Schill-Partei aufbauen. In Lübeck wurden ehemalige NPD-Mitglieder vom Aufbau der Schill-Partei ausgeschlossen. »Die Schillpartei hatte noch keinen faschistischen Flügel«, erinnert sich Felix Krebs.

Fortsetzung im nächsten »Bürger:innenbrief«

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kulturtipp
Leseempfehlung:
Jüdische Frauen im Widerstand

Von Christiane Schneider

Ich möchte auf ein Buch aufmerksam machen, das mich sehr beeindruckt und auch beschämt hat, weil es mir klar gemacht hat, wie wenig ich von jüdischem Widerstand gegen Naziherrschaft und Holocaust wusste: »Sag nie, es gäbe nur den Tod für uns. Die vergessene Geschichte jüdischer Freiheitskämpferinnen« von Judy Batalion.

1942 notierte Emanuel Ringelblum (1900 bis 1944), der das Untergrundarchiv im Warschauer Ghetto aufbaute, in seinem Tagebuch: »Die Geschichte der jüdischen Frau wird ein glorreiches Kapitel in der Chronik des Judentums während des gegenwärtigen Krieges sein. Und die Chajkas und Frumkas werden in dieser Geschichte die Hauptfiguren sein. Denn diese Mädchen sind unermüdlich.« Die Autorin Judy Batalion hat in jahrelanger Forschungsarbeit eine unendliche Menge verschollenen Wissens über diese »unermüdlichen Mädchen« zu Tage gefördert und in dem Buch verarbeitet. Sie folgt dabei den Spuren von 20 jungen Frauen – manche fast noch Mädchen – im besetzten Polen und würdigt in ihrer Erzählung den überwältigenden Beitrag dieser und vieler anderer jüdischer Frauen im Widerstand gegen die faschistische Besatzungsmacht.

Frauen waren an der Gründung der Kampforganisation ZOB, eines Zusammenschluss wesentlich linker zionistischer Bewegungen, maßgeblich beteiligt. Eine wichtige Rolle spielten sie dabei, das Leben im Ghetto aufrechtzuerhalten, indem sie z. B. Unterricht für die Kinder organisierten oder für Suppenküchen sorgten. Aber ihr Einsatz ging weit darüber hinaus. In beeindruckendem Kampf gegen die organisierte Vernichtung störten sie Deportationen und verhalfen vielen Menschen zum wenigstens zeitweiligen Entkommen. Sie verhalfen Menschen zur Flucht und brachten sie – oft verwaiste Kinder – in polnischen Haushalten unter, nicht selten gegen hohe Geldbeträge, die sie gesammelt hatten. Sie kümmerten sich um gefälschte Papiere, experimentierten mit Sprengstoff, schmuggelten unter Lebensgefahr Waffen, arbeiteten als Kurierinnen, verübten Sabotageaktionen, brachten z. B. Eisenbahnzüge mit deutschen Soldaten zum Entgleisen und beteiligten sich als Partisaninnen am bewaffneten Widerstand, oft unter schwierigsten persönlichen Bedingungen. Es heißt, dass von den rund 30.000 jüdischen Partisan:innen in Polen rund 10 % Frauen waren.

Die meisten dieser jungen Frauen hatten erlebt, wie ihre Familien und Freund:innen deportiert und ermordet worden waren. Viele von ihnen fielen den Nazis in die Hände, wurden grausam gefoltert und ermordet. Sehr beeindruckt hat mich, dass sie mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, noch in den Vernichtungslagern solidarisch und kämpfend ihre Würde verteidigten. Das Buch entreißt sie und die Überlebenden dem Vergessen.

Die Autorin verfolgt, soweit möglich, den Lebensweg der überlebenden Kämpferinnen nach dem Sieg über den Faschismus. Nicht alle sind mit dem Leben klargekommen.

Judy Batalion: Sag nie, es gäbe nur den Tod für uns. Die vergessene Geschichte jüdischer Freiheitskämpferinnen. Piper Verlag 2021, 624 Seiten, 25 Euro (als E-Book 5-7 Euro günstiger). ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/42 831 2250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Sabine Boeddinghaus (040/303 948 74 | sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg